



Bilaterale schon vor Zollhammer im Zeichen der US-Zollpolitik

Paket „Schweiz-EU“
im Auftrag der Interpharma

Projektteam

Urs Bieri: Co-Leiter

Sophie Schäfer: Junior Projektleiterin

Jennifer Roberts: Junior Data Scientist

Bern, 27. August 2025

Inhaltsverzeichnis

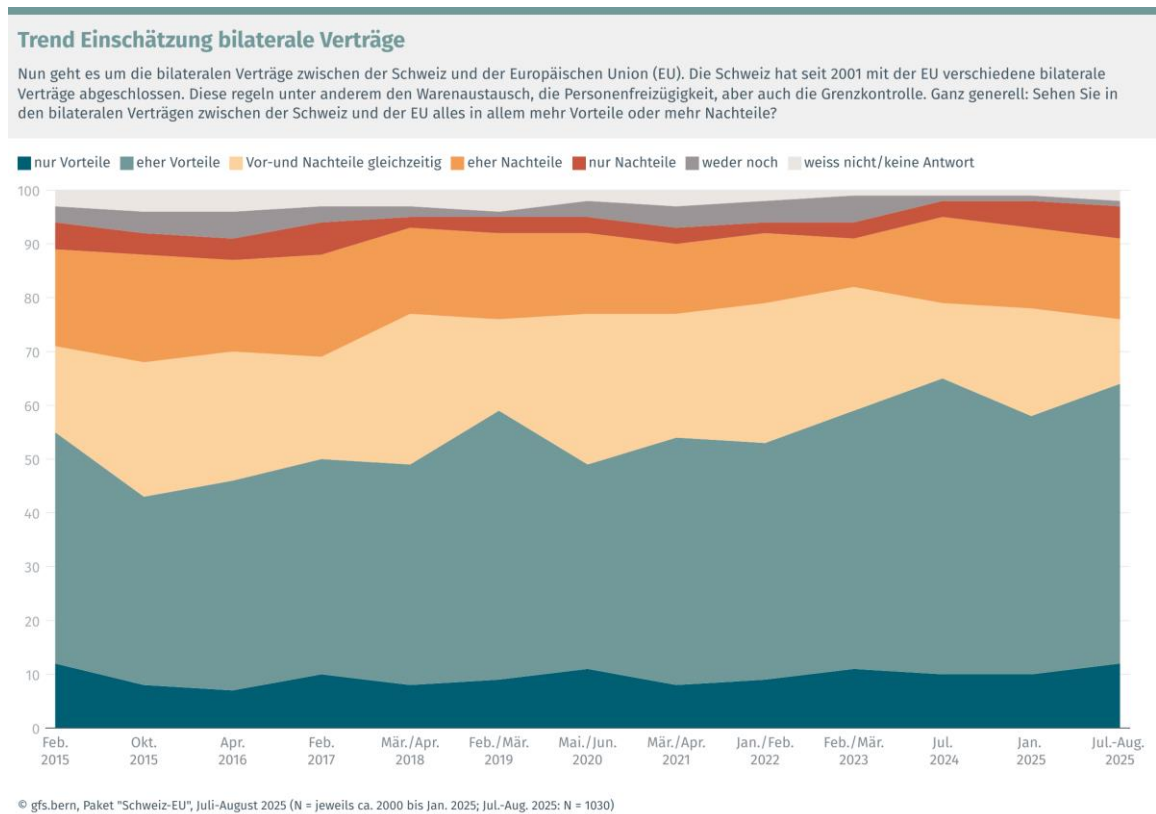
1	SICHT AUF DIE BILATERALEN VERTRÄGE.....	4
1.1	Pro und Contra-Argumente	7
1.2	Relevante Treiber für die Einschätzung zu den Bilateralen	9
2	ANPASSUNGEN AN VERTRÄGEN	11
3	BEWERTUNG DES VERHANDLUNGSERGEBNISSES	15
3.1	Beurteilung der Handelspartner und des Wirtschaftsstandorts Schweiz	22
4	SYNTHESE.....	25
5	METHODISCHER KURZBERICHT	26
6	ANHANG	27
6.1	gfs.bern-Team	27

1 Sicht auf die bilateralen Verträge

Nachdem die positive Einschätzung der bilateralen Verträge durch die Schweizer Stimmberechtigten seit 2020 stetig gestiegen ist und 2024 einen neuen Höchststand erreicht hat, nahm diese im Januar 2025 erstmals wieder ab. Diese Reduktion hat sich allerdings schon wieder zurückkorrigiert. So ist der Anteil jener, welche nur oder eher Vorteile in den bilateralen Verträgen sehen im Juli 2025 wieder auf dem Niveau von 2024 (64%, +6 Prozentpunkte [Pp.] im Vergleich zur letzten Welle).

Dieser Rückgang geht einher mit einer Verschiebung in der gleichzeitigen Wahrnehmung von Vor- und Nachteilen. Während im Januar 2025 noch 20 Prozent sowohl Vor- als auch Nachteile in den bilateralen Verträgen sahen, sind es im Juli nur noch 12 Prozent – ein neuer Tiefstwert. Augenscheinlich erhöhten die Entwicklungen (noch ohne die Entwicklungen ab dem 1.8.2025) in den USA, weg von einer hauptsächlich regelbasierten hin zu einer zunehmend machtpolitisch ausgeprägten internationalen Zusammenarbeit, die Vorteilssicht gegenüber den bestehenden Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU. Die Nachteilssicht ist hingegen stabil geblieben im Vergleich zur Erhebung im Januar (21% eher/nur Nachteile, +1 Pp.).

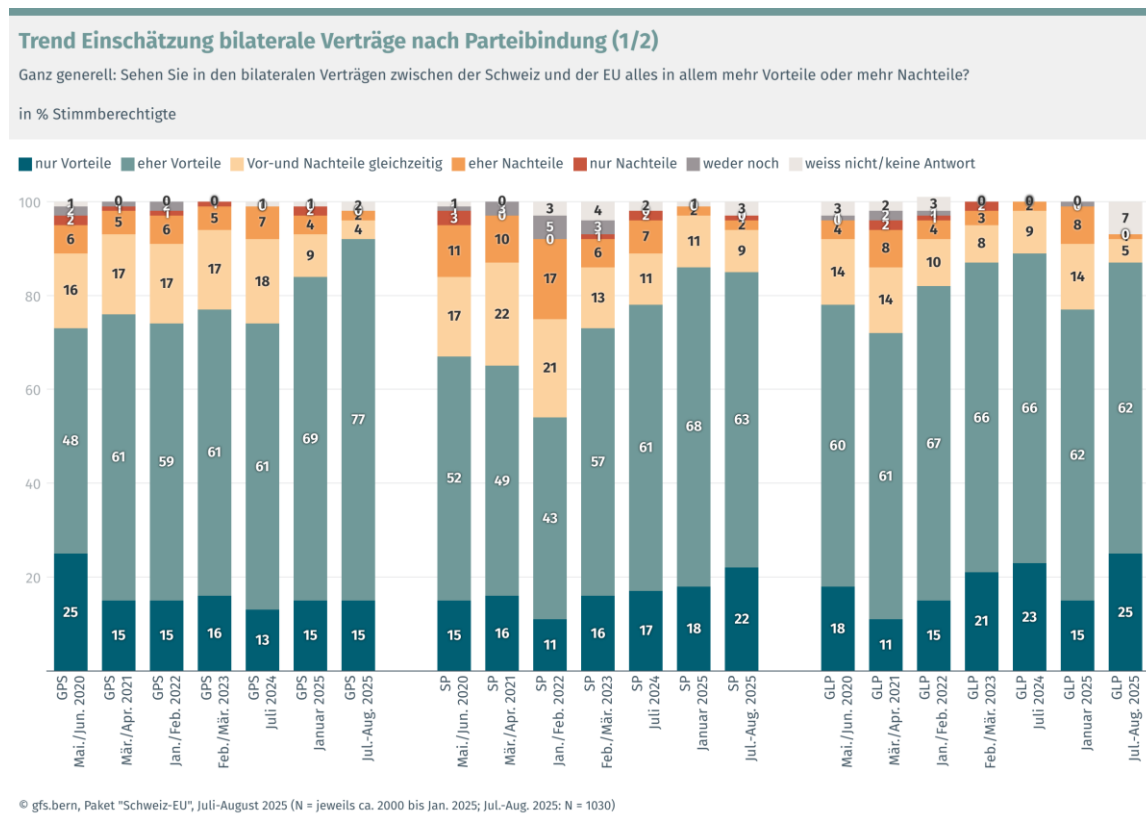
Grafik 1



Wie in den vorangehenden Befragungswellen spielt auch im Juli 2025 die Parteisympathie eine zentrale Rolle bei der Erklärung der Haltungen gegenüber den Bilateralen. Auffallend ist, dass die verstärkt ambivalente Haltung hierzu, welche im Januar noch zu beobachten war, im Juli deutlich zurückgegangen ist. So befindet sich der Anteil der Vorteilssicht in vielen Fällen wieder auf dem Niveau von 2024.

Ungebrochen ist die Vorteilssicht im Lager der Sympathisant:innen der Grünen, der SP sowie der GLP spürbar über 80 Prozent, während die Mitte eine leicht angewachsene Zunahme auf 72 Prozent zum Ausdruck bringt.

Grafik 2



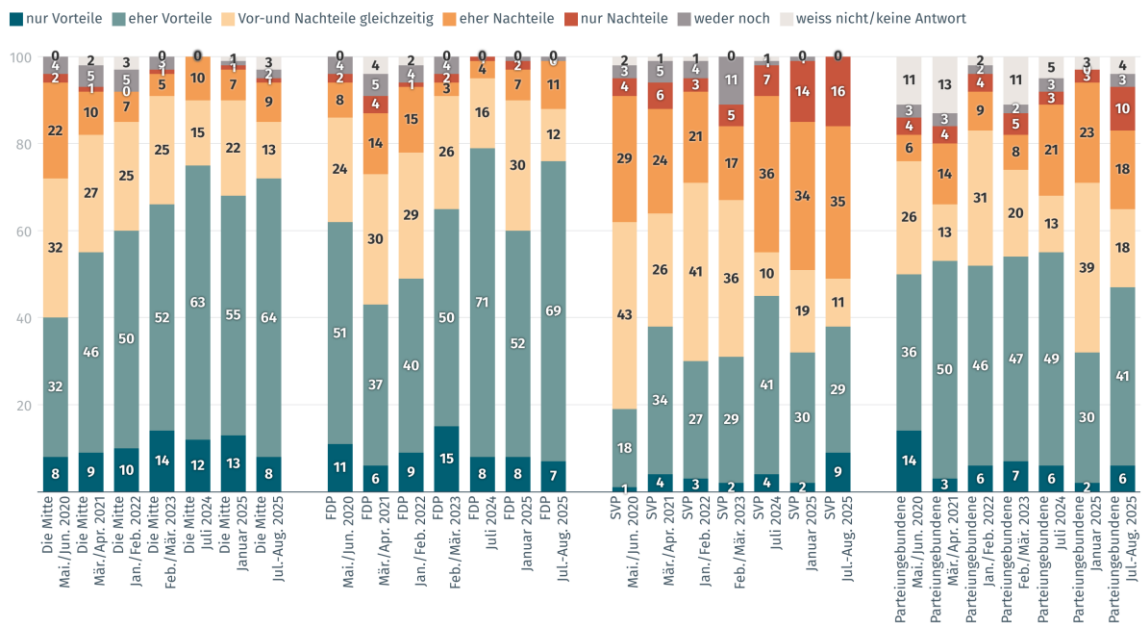
Am deutlichsten ist der Zuwachs in der Vorteilssicht im Lager der FDP-Sympathisant:innen, welche im Januar direkt im Nachgang zum publizierten Verhandlungsergebnis zu den neuen bilateralen Verträgen die Vorteilssicht mit wesentlich reduzierten 60 Prozent zum Ausdruck brachten, während sich der aktuelle Wert in Kenntnis der US-amerikanischen Neupositionierung mit 76 Prozent deutlich (+16 Pp) nach oben korrigiert hat.

Grafik 3

Trend Einschätzung bilaterale Verträge nach Parteibindung (2/2)

Ganz generell: Sehen Sie in den bilateralen Verträgen zwischen der Schweiz und der EU alles in allem mehr Vorteile oder mehr Nachteile?

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Paket "Schweiz-EU", Juli-August 2025 (N = jeweils ca. 2000 bis Jan. 2025; Jul.-Aug. 2025: N = 1030)

Im SVP Lager lässt sich ein ähnliches Phänomen beobachten, indem sich die Vorteils-sicht wieder von 32 Prozent auf 38 Prozent gesteigert hat. Allerdings macht sich die kri-tische Betrachtungsweise gegenüber den bilateralen Verträgen auch im Juli 2025 in die-ser Gruppe besonders stark bemerkbar. Zum ersten Mal seit Beginn der Messungen 2015 hat die Nachteilssicht bei der Anhängerschaft der SVP eine knappe Mehrheit von 51 Pro-zent erreicht (+3 Pp.).

Auch die ambivalente Haltung gegenüber den bilateralen Verträgen, welche im Januar 2025 bei den Parteiungebundenen noch relativ stark ausgeprägt war, hat sich im Juli wieder dem Wert der vorangegangenen Jahre angenähert. Während der Anteil jener, die vor allem Nachteile sehen, mit 28 Prozent weitgehend stabil bleibt (+2 Prozentpunkte im Vergleich zum Frühjahr), hat sich der Anteil derjenigen, die sowohl Vor- als auch Nachteile erkennen, markant verkleinert: Ihr Anteil sinkt um 21 Prozentpunkte auf 18 Prozent. Eine knappe Minderheit von 47 Prozent (+15 Pp.) sieht in den bilateralen Ver-trägen überwiegend oder ausschliesslich Vorteile. Auch hier scheinen die Entwicklungen rund um die USA zu einer verstärkt wohlwollenden Beurteilung der bisherigen bilatera-len Verträgen zu führen.

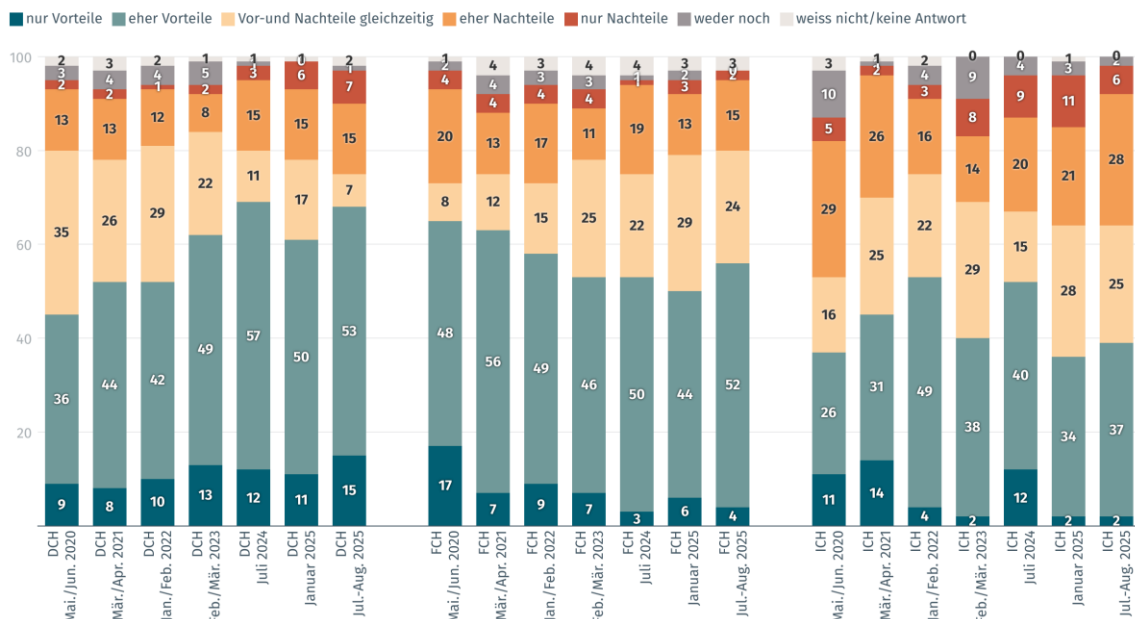
Ein Anstieg der Vorteilssicht zeigt sich auch sprachregional: In der Deutschschweiz hat sie sich nach dem Rückgang von 69 Prozent (2024) auf 61 Prozent wieder auf 68 Prozent erholt. In der Romandie kehrt sich der Negativtrend um, die Werte steigen im Juli 2025 auf 56 Prozent (+6 Pp.). Bei den italienischsprachigen Stimmberechtigten bleibt die Ein-schätzung dagegen stabil bei 39 Prozent (+3 Pp.).

Grafik 4

Trend Einschätzung bilaterale Verträge nach Sprachregion

Ganz generell: Sehen Sie in den bilateralen Verträgen zwischen der Schweiz und der EU alles in allem mehr Vorteile oder mehr Nachteile?

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Paket "Schweiz-EU", Juli-August 2025 (N = jeweils ca. 2000 bis Jan. 2025; Jul.-Aug. 2025: N = 1030)



Entlang des Alters und des Geschlechts der Befragten haben sich die Differenzen zwischen den Gruppen wenig verändert und insgesamt wieder den Werten von 2023 angenähert. So bewerten auch 2025 die pensionierten Stimmberechtigten die bilateralen Verträge häufiger als vorteilhaft (72% eher/nur Vorteile) als dies die jungen (unter 40 Jahren: 59%) oder die mittelalten Stimmbürger:innen (40-64 Jahre: 63%) tun. Weiterhin schätzen Männer die Bilateralen öfters positiv ein (68% eher/nur Vorteile) als dies Frauen tun (61%).

1.1 Pro und Contra-Argumente

Die Zustimmung zu den Pro-Argumenten zu den bilateralen Verträgen mit der EU bleibt insgesamt auf hohem Niveau stabil.

So ist bei der 2024 erstmals abgefragten Aussage, dass der Abbau von Handelshemmnissen für die Schweizer Unternehmen wichtig sei, ein schwacher Rückgang zu beobachten (80%, -2 Pp.). Dennoch bleibt es das Pro-Argument mit der höchsten Zustimmung. Entsprechend scheint die Bevölkerung nach wie vor das Bedürfnis nach Verträgen zu haben, welche Handelshemmnisse abbauen und wirtschaftliche Planbarkeit und Sicherheit gewährleisten.

Nach wie vor sind grosse Mehrheiten auch im Juli 2025 überzeugt davon, dass die Schweiz dank den Bilateralen Zugang zum Exportmarkt geniessen würde (79% eher/voll einverstanden, -2 Pp.). Seit 2022 (89% sehr/eher einverstanden) nimmt jedoch die Zustimmung zu diesem Vorteil jedoch kontinuierlich jedes Jahr um ca. 2-3 Prozentpunkte ab. Auf stabilem Niveau präsentiert sich das Argument, dass die Schweiz auf Fachkräfte

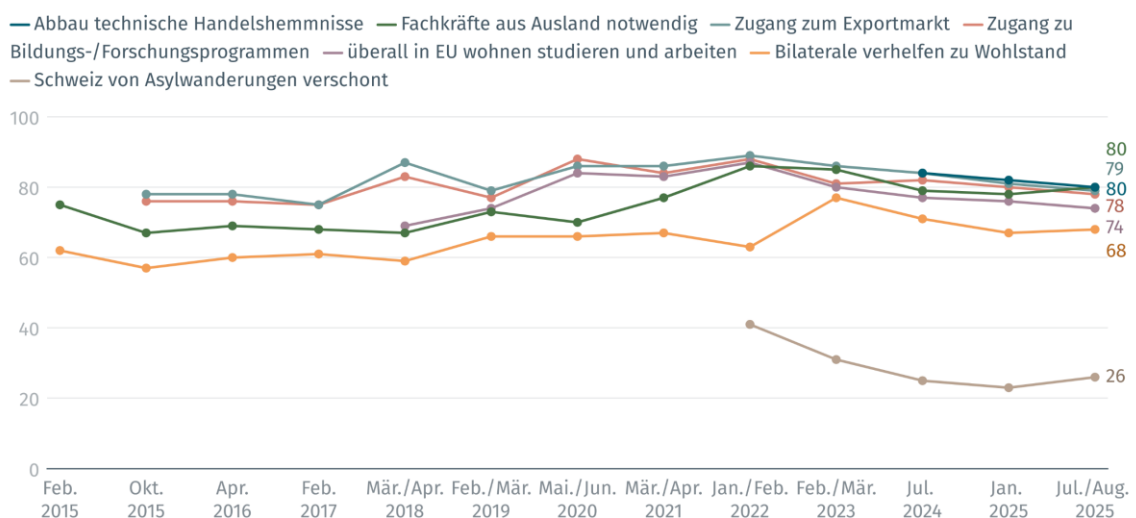
aus dem Ausland angewiesen sei (80%, +2 Pp.). Ebenfalls hohe Zustimmungswerte verzeichnen bildungsbezogene Ansichten. So sind 78 Prozent der Stimmberechtigten der Ansicht, dass die bilateralen Verträge den Zugang zu Bildungs- und Forschungsprogrammen ermöglichen würden (-2 Pp.). Ebenso teilen 74 Prozent (-2 Pp.) die Auffassung, dass damit die Möglichkeit verbunden sei, in der gesamten EU zu wohnen, zu arbeiten und zu studieren. Auf hohem Level stabil präsentiert sich die Ansicht, dass die Bilateralen der Schweiz zu Wohlstand verhelfen würden (68%, +1 Pp.). Damit scheint auch hier die seit 2023 sichtbare Erosion in der Zustimmung gestoppt. Auch im Juli 2025 vermag das Argument, dass die Schweiz dank den Verträgen mit der EU von Asylwanderungen verschont bliebe, nicht zu überzeugen (26%, +3 Pp.), gewinnt aber im Vergleich zum Januar wieder leicht an Zustimmung. Insgesamt werden viele Vorteile der bilateralen Verträge gesehen – die Migrationsfrage gehört jedoch nach wie vor nicht dazu.

Grafik 5

Trend Pro-Argumente rund um Bilaterale

Wir haben hier einige Argumente aus der politischen Diskussion in der Schweiz rund um diese bilateralen Verträge mit der EU gesammelt, die man immer wieder hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher, eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

in % Stimmberechtigte Anteil voll/eher einverstanden



© gfs.bern, Paket "Schweiz-EU", Juli-August 2025 (N = jeweils ca. 2000 bis Jan. 2025; Jul.-Aug. 2025: N = 1030)

Bei den Kontra-Argumenten überzeugt nach wie vor das Argument am meisten, dass die EU ein bürokratischer Moloch sei. 74 (-2 Pp) Prozent der Befragten stimmen hierbei zu. Augenscheinlich führten die aktuellen internationalen Wirrungen nicht nur zu einer verstärkten Vorteilssicht gegenüber den bilateralen Verträgen sondern schwächen auch leicht einen der meistgenannten Kritikpunkte an der EU in Bezug auf Bürokratie. Im Juli 2025 nimmt der Zustimmungswert betreffend Lohndruck-Erwartungen in Folge der Personenfreizügigkeit nach einem kontinuierlichen Anstieg seit 2022 erstmals wieder ab (62% eher/voll einverstanden, -4 Pp.). Neben den höheren Miet- und Immobilienpreisen aufgrund der Zuwanderung (61%, -1 Pp.) ist im Juli 2025 auch eine Mehrheit der Stimmberechtigten der Meinung, dass die Zuwanderung eine Belastung für die Sozialwerke sei (55%, ±0 Pp.). Das Argument, dass die Schweiz die Kontrolle über die Zuwanderung verloren habe, befindet sich nach einem leichten Rückgang im Januar wieder auf dem

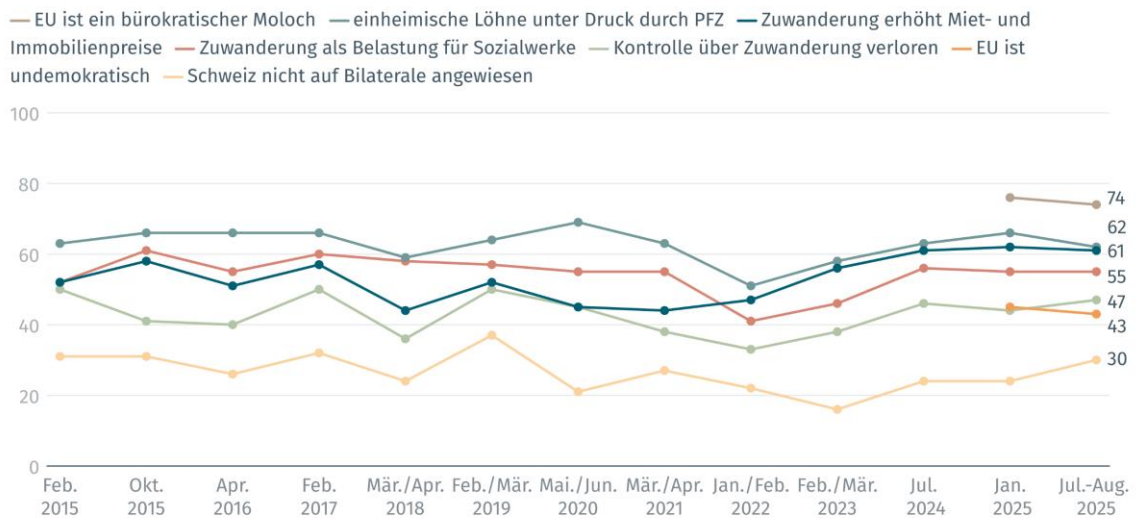
Niveau von 2024 – bleibt aber unter der 50-Prozent-Marke (47%, +3 Prozentpunkte). Eine ebenfalls nicht zu vernachlässigende und seit Januar 2025 unveränderte Minderheit von 43 Prozent der Stimmberechtigten ist der Ansicht, dass die EU undemokratisch sei. Sichtbar an Zustimmung gewonnen hat das Argument, dass die Schweiz nicht auf die Bilateralen angewiesen sei (30%, +6 Pp.).

Grafik 6

Trend Contra-Argumente rund um Bilaterale

Wir haben hier einige Argumente aus der politischen Diskussion in der Schweiz rund um diese bilateralen Verträge mit der EU gesammelt, die man immer wieder hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher, eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

in % Stimmberechtigte Anteil voll/eher einverstanden



© gfs.bern, Paket "Schweiz-EU", Juli-August 2025 (N = jeweils ca. 2000 bis Jan. 2025; Jul.-Aug. 2025: N = 1030)

1.2 Relevante Treiber für die Einschätzung zu den Bilateralen

Die internationalen Entwicklungen finden sich in einem weiteren Schritt auch in einer vertieften Betrachtung der Wirkungskraft einzelner Aussagen auf die generelle Einstellung gegenüber den bestehenden Bilateralen Verträgen.

Seit Jahren wird eine positive Einschätzung der Bilateralen am stärksten durch die Ansicht beeinflusst, dass sie zu Wohlstand verhelfen würden. Die unberechenbare Dynamik der Zollpolitik aus den USA und ihr Einfluss auf den weltweiten Handel verändert auch dieses Wirkungsgefüge. Neu ist das Argument des Zugangs zum Exportmarkt mit Abstand der stärkste Treiber für die Vorteilssicht der Bilateralen. Wer dieser Aussage zustimmt, hat eine 37 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, die bilateralen Verträge als positiv zu bewerten. Das Argument des Wohlstands spielt aber nach wie vor eine zentrale Rolle. Diejenigen Personen, welche der Meinung sind, dass die Bilateralen zu Wohlstand verhelfen täten, haben eine 25 Prozent höhere Wahrscheinlichkeit die Bilateralen positiv zu werten. Auf inhaltlicher Ebene wird die Vorteilssicht damit weiterhin in erster Linie aus der Wirtschaftsoptik heraus begründet.

Für das Model statistisch nicht relevant sind hingegen die Argumente, die EU sei undemokratisch oder ein bürokratischer Moloch. Nicht meinungswirksam sind zudem

Argumente, die in den Verträgen eine Problematik im Zusammenhang mit Zuwanderung erkennbar machen. Augenscheinlich gelingt es den aktuellen Abfederungsmassnahmen, diesen Konflikt in der Wahrnehmung gar nicht erst entstehen zu lassen.

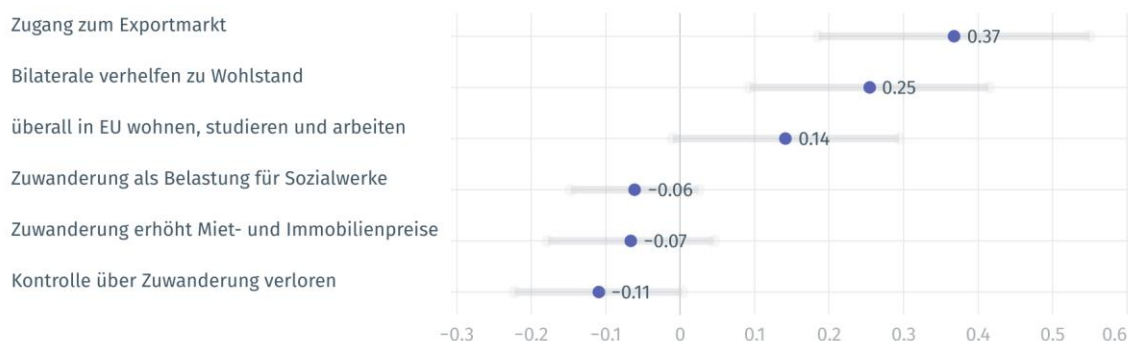
Grafik 7

Einfluss Argumente auf die Einschätzung der bilateralen Verträge

Einflussstärke einzelner Argumente auf die Einschätzung der bilateralen Verträge

Lesebeispiel: Menschen, die finden, dass die bilateralen Verträge der Wirtschaft den Zugang zum wichtigsten Exportmarkt sichern, haben eine 37 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, in den bilateralen Verträgen 'eher/nur Vorteile' zu sehen (alle anderen Faktoren konstant).

Stimmberechtigte



© gfs.bern, Paket "Schweiz-EU", Juli-August 2025 (n = 752). Zusätzliche Kontrollvariablen: Geschlecht, Alter, Siedlungsart. Der graue Bereich zeigt das 95% Konfidenzintervall.

Die eingesetzte Methode der linearen Regression beschreibt das Vorhandensein des Einflusses von unabhängigen Variablen (hier: die verschiedenen Argumente rund um die Bilateralen) auf eine abhängige Variable (Einschätzung bilaterale Verträge). Anhand des Vorzeichens lässt sich unterscheiden, ob ein Element eher zu einer Vorteilssicht (positives Vorzeichen) oder eher einer Nachteilssicht (negatives Vorzeichen) auf die Bilateralen führt. Je grösser der absolute Wert des Faktors einer unabhängigen Variable ist, desto grösser ist der Einfluss auf die Einschätzung der Bilateralen. Variablen, welche die Null-Linie kreuzen, haben (auf einem 95%-Konfidenzintervall) keinen statistisch nachweisbaren Einfluss. Die Interpretation dieser linearen Regression geschieht unter der Annahme, dass andere Einflüsse im Modell konstant gehalten werden (ceteris paribus). Auf diese Weise ist es möglich, den isolierten Einfluss der unabhängigen Variablen auf die abhängige zu eruieren. Die Kontrollvariablen (Alter, Geschlecht, Sprache, Siedlungsart) werden im Modell ebenfalls berücksichtigt, um allfällige Verzerrungen durch diese vermeiden zu können.

2 Anpassungen an Verträgen



Der Fragebogen zum Verhandlungsergebnis führt die Befragten schrittweise in den Inhalt der neuen Verträge ein. In einem ersten Frageblock werden die 11 wichtigsten Anpassungen an den bestehenden Verträgen einzeln vorgestellt und auf Akzeptanz abgefragt. Im Anschluss wird die Stimmabsicht zu den bestehenden Verträgen erhoben. In einem abschliessenden Schritt werden die neuen Abkommen einzeln vorgestellt und auf ihre Stimmabsicht abgefragt. Beides zusammen bildet das Verhandlungspaket «Schweiz-EU».

Die verschiedenen Anpassungen an den bestehenden Verträgen werden differenziert bewertet. Während die Kompromisse der EU auf breite Zustimmung stossen, werden die Zugeständnisse der Schweiz kritischer gesehen. Allerdings werden nur zwei der vorgeschlagenen Anpassungen von einer Mehrheit abgelehnt.

Besonders hohe Zustimmungswerte erfahren die Kompromisse der EU in den Bereichen Ausschaffung und Zuwanderung. So begrüsst jeweils eine grosse Mehrheit der Stimmberechtigten, dass die Ausschaffung krimineller EU-Bürger:innen auch in Zukunft möglich ist (84% voll/eher einverstanden, -6 Pp. gegenüber Wert von Januar 2025). Ähnlich gross ist die Zustimmung zur sogenannten Schutzklausel, welche es der Schweiz erlaubt, Massnahmen zur Begrenzung der EU-Zuwanderung zu ergreifen¹ (73%, -7 Pp.).

Ebenfalls sehr deutlich (85% voll/eher einverstanden, -7 Pp.) wird die Rückkehr zum Zugang zu den Europäischen Forschungsprogrammen (Horizon) befürwortet. Aber auch mit dem Verzicht auf höhere Studiengebühren für Studierende aus der EU sind die Stimmberechtigten mehrheitlich einverstanden (60%, +4 Pp.).

Rund drei Viertel befürworten zudem die gegenseitige Anerkennung von Produktionsvorschriften (73%, -6 Pp.).

Die Anpassungen zum Lohnschutz werden unterschiedlich beurteilt: Während eine deutliche Mehrheit (73%, -5 Pp.) den EU-Kompromiss unterstützt, wonach EU-Unternehmen auch künftig Schweizer Löhne zahlen müssen, wenn sie Arbeitskräfte aus der EU in der Schweiz beschäftigen, sorgt die Übernahme der EU-Spesenregelung für eine gesplante Meinung in der Stimmbevölkerung (53% Einverständnis, +2 Pp.).

Die Übernahme von EU-Recht im Rahmen bestehender Verträge unter Wahrung des Referendumsrechts findet in der Schweiz mehrheitliche Zustimmung (61%, +3 Pp.). Auch der neue Streitbeilegungsmechanismus, bei dem am Schluss immer das Schiedsgericht mit Vertretern aus der Schweizer und der EU, gegebenenfalls unter Einbezug des EuGH, über den Streitfall entscheidet, wird von einer Mehrheit unterstützt (63%).

Die grösste Skepsis zeigen die Stimmberechtigten gegenüber dem Solidaritätsbeitrag für weniger entwickelte europäische Regionen in der Höhe von 350 Millionen Franken pro Jahr, (46%, -4 Pp.), sowie der teilweisen Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie, die EU-

¹ Formulierungen der Aussage im Vergleich zu 2025 leicht angepasst

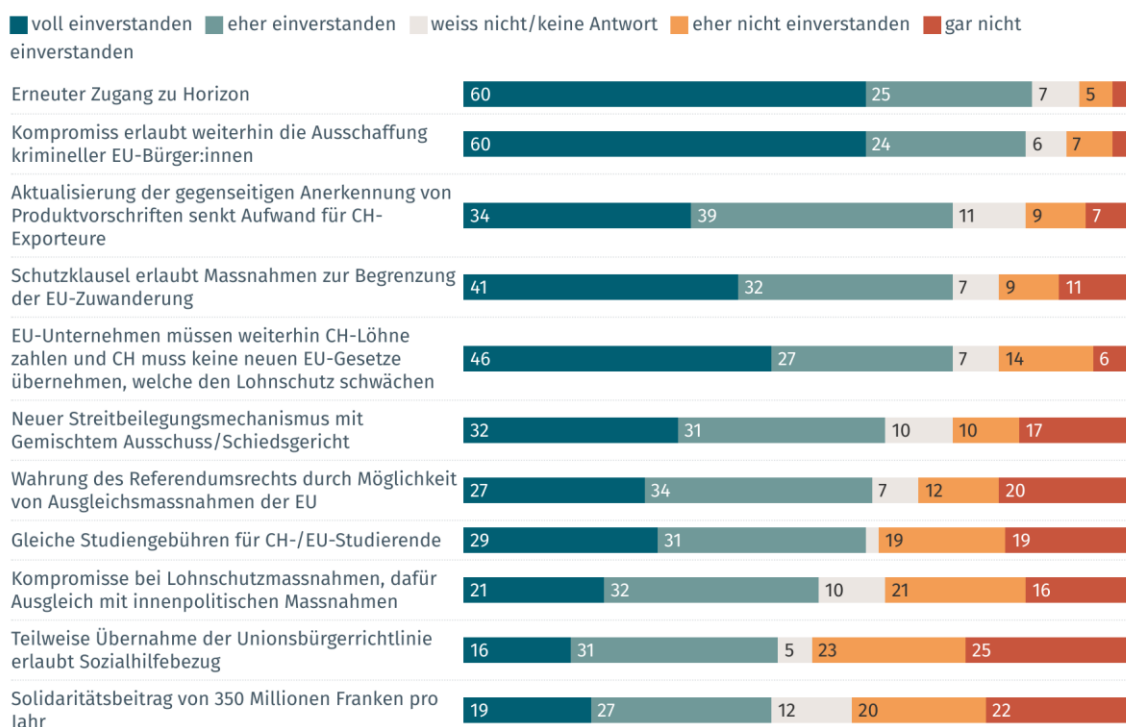
Bürger:innen mit einem Schweizer Arbeitsvertrag nach fünf Jahren das gleiche Anrecht auf Sozialhilfe gewährt wie Schweizer:innen (47%).

Grafik 8

Aussagen zu Anpassungen an bestehenden Verträgen

Der Bundesrat hat am Ende 2024 die Weiterentwicklung der Bilateralen Verträge mit der EU fertig verhandelt. Im Juni 2025 wurden die Verhandlungsergebnisse vollständig publiziert und die Vernehmlassung gestartet. Das Paket «Schweiz-EU» beinhaltet einerseits verschiedene Elemente zur Stabilisierung der bestehenden Abkommen und einige neue Abkommen. Zuerst geht es um Anpassungen an bestehenden Verträgen. Bitte geben Sie jeweils an, ob Sie mit einer solchen Anpassung voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Paket "Schweiz-EU", Juli-August 2025 (N=1030)

Bei Betrachtung der Zustimmung zu den einzelnen Anpassungen aufgeschlüsselt nach Parteiaffinität zeigen sich sowohl breite parteiübergreifende Mehrheiten als auch klare Gegensätze zwischen linken und rechten Lagern.

Einigkeit herrscht vor allem bei wirtschafts- und forschungsbezogenen Fragen. Die Wiederaufnahme der Schweiz in europäische Forschungsprogramme wird parteiübergreifend klar befürwortet, was explizit auch in der SVP-Anhängerschaft der Fall ist. Auch die Anpassung von Produktvorschriften zur Erleichterung des Exports findet breite Unterstützung, besonders bei Sympathisant:innen der Mitte. Beim Lohnschutz spricht sich eine deutliche Mehrheit – rund drei Viertel der Befragten – dafür aus, dass EU-Unternehmen weiterhin Schweizer Löhne zahlen müssen.

Beim Thema Zuwanderung zeigt sich eine differenzierte Haltung. Die Schutzklausel, die Gegenmassnahmen bei steigender Zuwanderung ermöglicht, wird mit Zustimmungswerten zwischen 60% (SVP) und 91% (GLP) breit unterstützt.

Deutliche Gegensätze bestehen bei institutionellen Fragen. Dies zeigt sich besonders bei der Übernahme von EU-Recht und der Rolle des Europäischen Gerichtshofs, welche von links bis weit ins bürgerliche Lager unterstützt werden, während die SVP-Anhängerschaft nur im Umfang von rund einem Drittel zustimmt. Auch der Kohäsionsbeitrag wird von links stark, unter Sympathisant:innen der Mitte und der FDP knapp mehrheitlich befürwortet, während ihn die SVP-Anhängerschaft mit nur 18 Prozent klar ablehnt. Ein klarer Graben zeigt sich bei der Unionsbürgerrichtlinie, die EU-Bürger:innen mit Daueraufenthaltsrecht nach einem Aufenthalt mit Erwerbstätigkeit von fünf Jahren das gleiche Anrecht auf Sozialhilfe gewähren würde wie Schweizer:innen. Während sie bei der Anhängerschaft von Grünen und SP breite Zustimmung findet, ist die GLP- zusammen mit der Mitte- und FDP-Anhängerschaft nur minderheitlich dafür. Sehr deutlich wird diese Anpassung von SVP-Sympathisierenden (23%) abgelehnt.

Grafik 9

Verhandlungen Anpassungen bestehende Verträge nach Partei

Der Bundesrat hat auf Ende 2024 die Weiterentwicklung der Bilateralen Verträge mit der EU fertig verhandelt. Im Juni 2025 wurden die Verhandlungsergebnisse vollständig publiziert und die Vernehmlassung gestartet. Das Paket «Schweiz-EU» beinhaltet einerseits verschiedene Elemente zur Stabilisierung der bestehenden Abkommen und einige neue Abkommen. Zuerst geht es um Anpassungen an bestehenden Verträgen. Bitte geben Sie jeweils an, ob Sie mit einer solchen Anpassung voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

in % Stimmberechtigte, Anteil 'voll/eher einverstanden'

	▼ Total	GRÜNE Schweiz	SP	GLP	Die Mitte	FDP	SVP	Partei- ungebundene
Erneuter Zugang zu Horizon	85	94	94	89	94	81	75	76
Kompromiss erlaubt weiterhin die Ausschaffung krimineller EU-Bürger:innen	85	80	76	94	89	93	85	84
EU-Unternehmen müssen weiterhin CH-Löhne zahlen und CH muss keine neuen EU-Gesetze übernehmen, welche den Lohnschutz schwächen	74	88	78	84	74	81	63	62
Aktualisierung der gegenseitigen Anerkennung von Produktvorschriften senkt Aufwand für CH-Exporteure	73	80	80	82	85	71	68	60
Schutzklausel erlaubt Massnahmen zur Begrenzung der EU-Zuwanderung	73	88	70	91	88	90	60	59
Neuer Streitbeilegungsmechanismus mit Gemischtem Ausschuss/Schiedsgericht	63	88	80	86	73	68	36	56
Wahrung des Referendumsrechts durch Möglichkeit von Ausgleichsmassnahmen der EU	60	75	80	79	67	67	31	61
Gleiche Studiengebühren für CH-/EU-Studierende	60	77	66	56	47	63	54	60
Kompromisse bei Lohnschutzmassnahmen, dafür Ausgleich mit innenpolitischen Massnahmen	53	49	62	45	65	55	42	56
Teilweise Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie erlaubt Sozialhilfebezug	47	75	69	44	46	42	23	42
Solidaritätsbeitrag von 350 Millionen Franken pro Jahr	46	68	72	52	67	52	18	29

© gfs.bern, Paket "Schweiz-EU", Juli-August 2025 (N=1030)

3 Bewertung des Verhandlungsergebnisses

Die Haltungen zu den in der Befragung diskutierten Abkommen sind sichtbar positiv. So werden die **NEU VERHANDELTEN ABKOMMEN** in allen drei Bereichen aktuell von klaren Mehrheiten der Stimmbevölkerung mit Teilnahmeabsicht am Urnengang befürwortet. Das Abkommen für eine Kooperation im Gesundheitsbereich und das Stromabkommen erreichen Zustimmungswerte von 68 beziehungsweise 69 Prozent. Knapper fällt hingegen die Befürwortung des Abkommens zum Handel mit Lebensmitteln aus. Nur eine knappe Mehrheit von 54 Prozent gibt an, bestimmt oder eher für dieses Abkommen zu sein. Der Widerstand gegen das Abkommen zu Handel mit Lebensmitteln kommt dabei deutlich verstärkt aus den Reihen von SVP-Sympathisant:innen, welche das Abkommen in einer klaren Mehrheit ablehnen.

Wenn morgen schon über die Anpassungen an den **BESTEHENDEN VERTRÄGEN** mit der EU abgestimmt würde, wäre eine Mehrheit der bestimmt Teilnehmenden von 61 Prozent bestimmt oder eher dafür.

Grafik 10

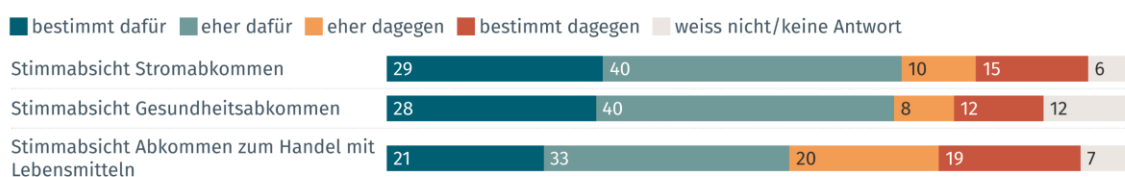
Stimmabsicht zu neuen Abkommen - bestimmt Teilnehmende

Nun geht es um die neuen Abkommen. Beschlossen wurde einerseits ein neues Kooperationsabkommen im Gesundheitsbereich, welches die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der EU in Gesundheitskrisen vertraglich sichert. Wenn morgen schon über das neue Kooperationsabkommen abgestimmt würde, wären Sie dann ...

Nun geht es um das neue Stromabkommen mit der EU, welches die Schweiz vertraglich in das Stromnetz der EU einbindet und damit die Netzstabilität und die Versorgungssicherheit in der Schweiz erhöht. Wenn morgen schon über das neue Stromabkommen abgestimmt würde, wären Sie dann ...

Nun geht es um das neue Abkommen zum Handel mit Lebensmitteln zwischen der Schweiz und der EU mit dem Ziel, die Lebensmittelsicherheit und die Konsumentenrechte zu erhöhen und zu verhindern, dass die Schweiz tiefere Standards zu Tierschutz und Lebensmittelherstellung aus der EU übernehmen muss. Wenn morgen schon über das neue Abkommen zum Handel mit Lebensmittel abgestimmt würde, wären Sie dann ...

in % Stimmberechtigte, die bestimmt teilnehmen



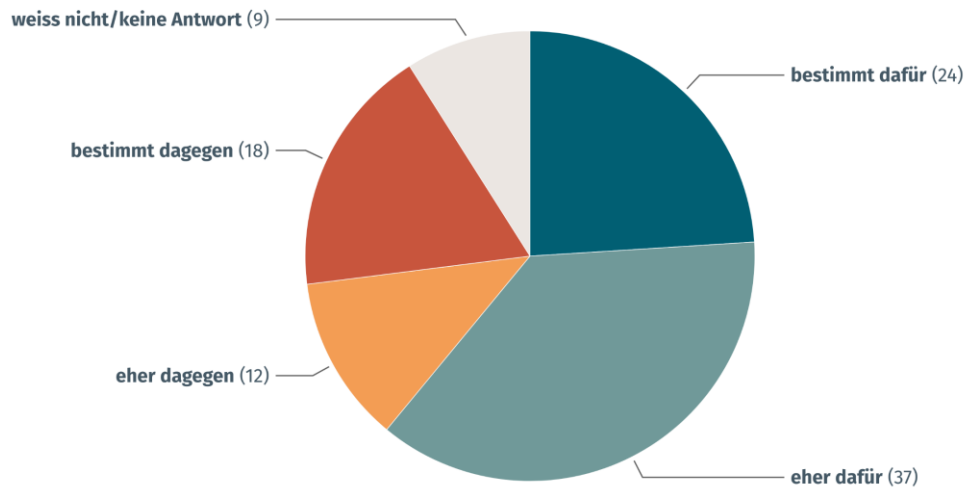
© gfs.bern, Paket "Schweiz-EU", Juli-August 2025 (n=853)

Grafik 11

Stimmabsicht Anpassung bestehende Verträge - bestimmt Teilnehmende

Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über diese Anpassungen an den bestehenden Verträgen mit der EU abgestimmt würde, wären Sie dann ...

in % Stimmberechtigte, die bestimmt an der Abstimmung teilnehmen würden



© gfs.bern, Paket "Schweiz-EU", Juli-August 2025 (n=853)

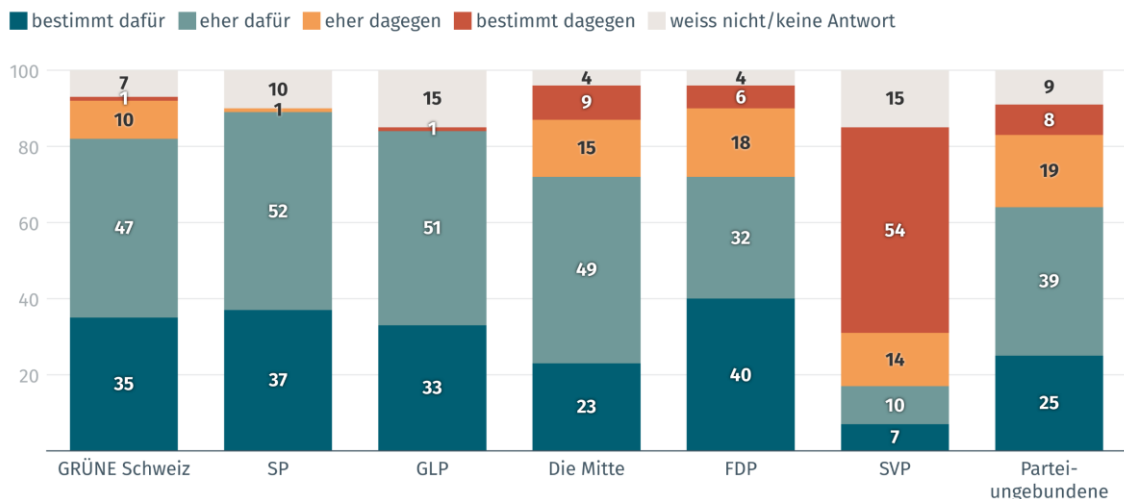
Aktuell sprechen sich mit Ausnahmen von SVP-Sympathisant:innen alle Parteianhänger:innen in der deutlichen Mehrheit für die bestehenden Verträge mit der EU aus. Unter SVP-Sympathisant:innen ist der Widerstand mit knapp 70 Prozent mehr oder weniger dezidierter Ablehnung hingegen deutlich ausgeprägt. Parteiungebundene zeigen noch keine klar mehrheitlichen Positionen.

Grafik 12

Stimmabsicht Anpassung bestehende Verträge - bestimmt Teilnehmende nach Partei

Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über diese Anpassungen an den bestehenden Verträgen mit der EU abgestimmt würde, wären Sie dann ...

in % Stimmberechtigte, die bestimmt an der Abstimmung teilnehmen würden



© gfs.bern, Paket "Schweiz-EU", Juli-August 2025 (n=853), sig., Cramér's V = 0.3

Wie bei den bilateralen Verträgen generell ist es auch beim Paket «Schweiz-EU» aufschlussreich zu erfahren, welche Pro- und Kontra-Argumente besonders zu überzeugen vermögen.

An erster Stelle steht das Argument, dass jetzt der richtige Zeitpunkt für eine gesicherte und stabile Kooperation mit der EU sei (69% voll/eher einverstanden). Ebenfalls breit geteilt wird die Ansicht, dass die Exportindustrie regelmässig Aktualisierungen für den Marktzugang benötigen würde (65%) und dass die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz gestärkt werden müsse (64%).

Auch die Bedingung für einen Abschluss neuer Verträge, wie etwa das Stromabkommen, zu unseren Gunsten (62%) und das Argument, dass Verträge Sicherheit in geopolitisch unruhigen Zeiten bieten würden (62%), finden Zustimmung bei klaren Mehrheiten. Die Möglichkeit, bei Änderungen am Abkommen mitentscheiden zu können, wird von 59 Prozent der Befragten unterstützt.

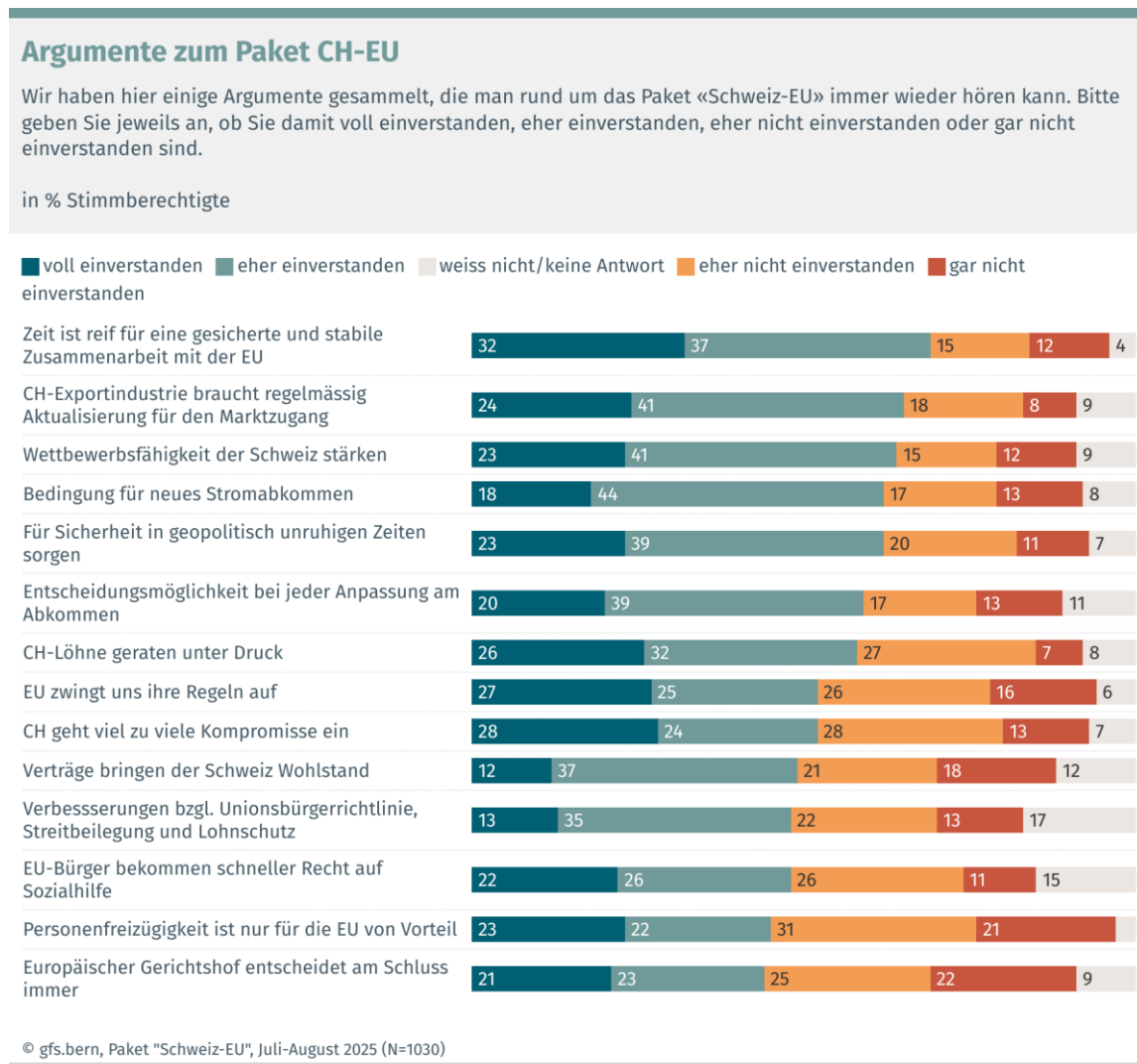
Skepsis zeigt sich stärker bei klar kritischen Positionen: 58 Prozent sehen CH-Löhne unter Druck, und eine knappe Mehrheit von jeweils 52 Prozent vertritt die Meinung, dass die EU der Schweiz ihre Regeln aufzwingen würde und dass die Schweiz zu viele Kompromisse eingehen täte. Mit dem Wohlstandsargument für die Schweiz zeigen sich 49 Prozent aus der Stimmbevölkerung einverstanden. Auch das Argument der Verbesserungen bezüglich Unionsbürgerrichtlinie, Streitbeilegung und Lohnschutz vermag nur eine knappe Minderheit zu überzeugen (48%,).

Ein gespaltenes Meinungsbild zeigt sich bei sozial- und rechtspolitischen Punkten: 48 Prozent sind der Ansicht, dass EU-Bürger:innen schneller Zugang zu Sozialhilfe

erhalten würden, und 45 Prozent sehen in der Personenfreizügigkeit einen einseitigen Vorteil für die EU aber nicht für die Schweiz. Am wenigsten Zustimmung erhält die Aussage, dass am Ende stets der Europäische Gerichtshof entscheidet.

Insgesamt zeigt sich: Wirtschaftlich geprägte Pro-Argumente zum Paket geniessen hohe Zustimmung, während migrations- und integrationspolitische Aspekte sowie Fragen der Souveränität deutlich umstrittener bleiben.

Grafik 13



Eine Analyse zur Meinungswirkung dieser Argumente verdeutlicht, dass vor allem kooperations- und sicherheitsorientierte Argumente die Zustimmung zu den bestehenden Verträgen steigern.

Am stärksten wirkt die Überzeugung, dass die Zeit reif sei für eine gesicherte und stabile Zusammenarbeit mit der EU, was die Zustimmungswahrscheinlichkeit um 22 Prozentpunkte erhöht. Ebenfalls deutlich zustimmungsfördernd sind der Wunsch nach Mitbestimmung bei künftigen Anpassungen des Abkommens (+17 Pp.). Die anderen Argumente mit einem positiven Effekt sind statistisch nicht signifikant.

Hingegen negativ schlägt die Einschätzung zu Buche, wonach die Schweiz zu viele Kompromisse eingehen würde. Wer diesem Argument zustimmt, hat eine 15 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit die bestehenden Verträge nicht anzunehmen.

Insgesamt zeigt sich, dass die Unterstützung für die bestehenden Verträge vor allem durch positive, auf Kooperation, Sicherheit und Mitgestaltung ausgerichtete Argumente gestärkt wird, während souveränitätskritische Einwände ablehnend wirken.

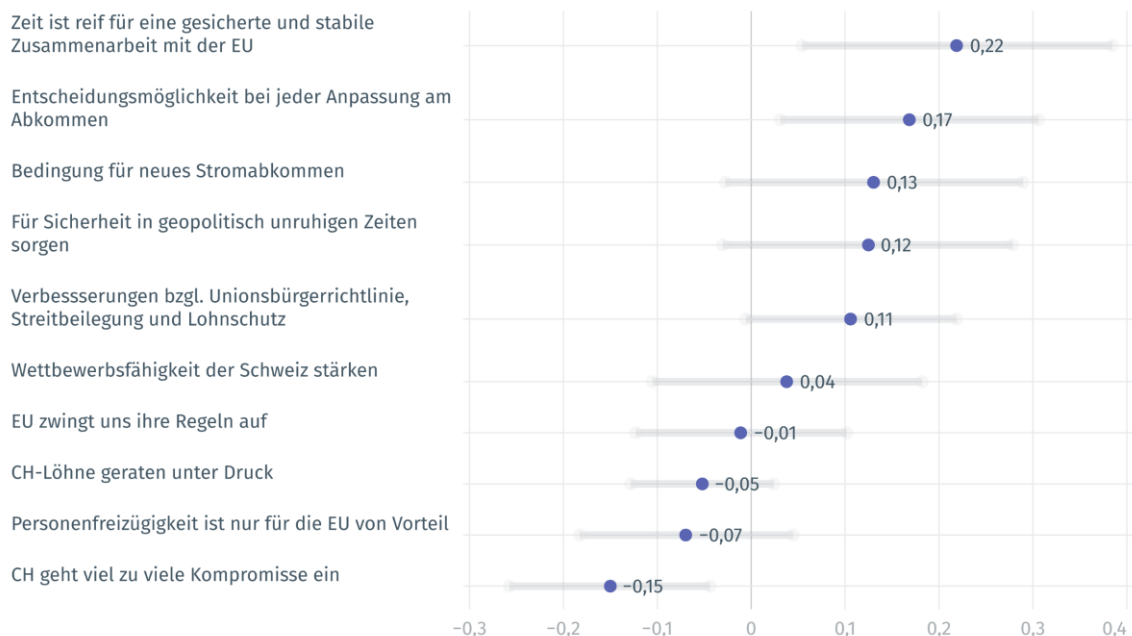
Grafik 14

Einfluss Argumente auf die Wahrscheinlichkeit, die bestehenden Verträge anzunehmen

Einflussstärke einzelner Argumente auf die Wahrscheinlichkeit, die bestehenden Verträge mit der EU anzunehmen

Lesebeispiel: Menschen, die finden, dass die Zeit reif ist für eine gesicherte und stabile Zusammenarbeit mit der EU, haben eine 22 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, 'Ja' zu stimmen (alle anderen Faktoren konstant).

Stimmberechtigte



© gfs.bern, Paket "Schweiz-EU", Juli-August 2025 (n = 642). Zusätzliche Kontrollvariablen: Geschlecht, Alter, Siedlungsart. Der graue Bereich zeigt das 95% Konfidenzintervall.

Die Unterschiede in der Bewertung der Argumente zum Paket «Schweiz–EU» nach Parteiaffinität lassen klare Gegensätze zwischen dem Lager der SVP und den anderen Parteien erkennen.

Besonders einheitlich präsentieren sich die Zustimmungswerte bei der Anhängerschaft der Grünen, der SP und der GLP. Hier stossen fast alle Pro-Argumente auf sehr breite Unterstützung. So bejahen über neun von zehn Anhänger:innen dieser drei Parteien die Aussage, dass die Zeit reif sei für eine gesicherte und stabile Zusammenarbeit mit der EU (Grüne 92%, SP 92%, GLP 91%). Ebenso hoch ist die Zustimmung zu wirtschaftlich geprägten Argumenten wie der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit oder der Notwendigkeit eines Stromabkommens.

Die Mitte und die FDP liegen in vielen Bereichen etwas tiefer, bleiben aber im Kern ebenfalls mehrheitlich auf einer klar zustimmenden Linie. Unterschiede zeigen sich dort vor allem bei institutionellen Fragen: Während rund die Hälfte (53%) der Mitte-Sympathisierenden einer Entscheidungsmöglichkeit bei Anpassungen am Abkommen zustimmen, sind es bei der FDP 72 Prozent. Auch in Bezug auf die Sicherheit in geopolitisch unruhigen Zeiten liegt die Zustimmung in beiden Lagern hoch (Mitte 73%, FDP 69%).

Ein deutlich anderes Bild zeichnet sich im SVP-Lager ab. Hier stossen fast alle Pro-Argumente auf deutlich geringere Zustimmung. Nur Minderheiten halten eine stabile Zusammenarbeit mit der EU für notwendig (46%) oder sehen im Stromabkommen einen Vorteil (40%). Stattdessen dominieren kritische Sichtweisen: 86 Prozent teilen die Aussage, dass Schweizer Löhne unter Druck geraten würden, 95 Prozent finden, die Schweiz würde zu viele Kompromisse eingehen, und 80 Prozent bewerten die Personenfreizügigkeit als einseitig zum Vorteil der EU. Auch die Einschätzung, dass die EU ihre Regeln aufzwingt, wird mit 88 Prozent fast geschlossen geteilt.

Bei den Parteilosen ergibt sich ein gemischtes Bild. Mehrheitlich werden ökonomische Argumente wie Exportmarkt, Wettbewerbsfähigkeit oder Wohlstand als Vorteile gesehen, während institutionelle und migrationspolitische Aspekte deutlich skeptischer beurteilt werden.

Insgesamt zeigt sich damit eine klare Polarisierung in der Bewertung der Argumente entlang von Parteipräferenzen. Während von links und durch die liberale Mitte das Paket klar aus einer wirtschaftlich-kooperativen Perspektive befürwortet wird, prägt bei der SVP und in Teilen auch bei den Parteilosen eine kritische Haltung zu Souveränität, Migration und institutionellen Fragen die Wahrnehmung.

Grafik 15

Argumente zum Paket CH-EU nach Partei

Wir haben hier einige Argumente gesammelt, die man rund um das Paket «Schweiz-EU» immer wieder hören kann. Bitte geben Sie jeweils an, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

in % Stimmberechtigte, Anteil 'eher/voll einverstanden'

	▼ Total	GRÜNE Schweiz	SP	GLP	Die Mitte	FDP	SVP	Partei- ungebundene
Zeit ist reif für eine gesicherte und stabile Zusammenarbeit mit der EU	69	92	92	91	73	81	46	52
CH-Exportindustrie braucht regelmässig Aktualisierung für den Marktzugang	65	76	77	82	66	79	48	52
Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz stärken	64	85	80	81	74	79	35	53
Bedingung für neues Stromabkommen	62	72	81	79	76	77	40	47
Für Sicherheit in geopolitisch unruhigen Zeiten sorgen	62	88	77	92	73	69	35	52
Entscheidungsmöglichkeit bei jeder Anpassung am Abkommen	59	80	75	74	53	72	36	56
CH-Löhne geraten unter Druck	58	29	41	47	54	44	86	66
EU zwingt uns ihre Regeln auf	52	24	25	18	43	51	88	61
CH geht viel zu viele Kompromisse ein	52	14	25	12	48	54	95	54
Verträge bringen der Schweiz Wohlstand	49	75	73	76	52	65	23	30
Verbesserungen bzgl. Unionsbürgerrichtlinie, Streitbeilegung und Lohnschutz	48	56	66	69	49	65	30	36
EU-Bürger bekommen schneller Recht auf Sozialhilfe	48	36	47	35	50	42	61	36
Personenfreizügigkeit ist nur für die EU von Vorteil	45	12	14	26	36	47	80	55
Europäischer Gerichtshof entscheidet am Schluss immer	44	17	25	18	32	46	74	49

© gfs.bern, Paket "Schweiz-EU", Juli-August 2025 (N=1030)

3.1 Beurteilung der Handelspartner und des Wirtschaftsstandorts Schweiz

Die Beurteilung von Instrumenten zur Wahrung des starken Wirtschaftsstandorts Schweiz sind von relativ viel Konstanz geprägt. In dieser Erhebung zeigen sich aber zwei interessante Entwicklungen.

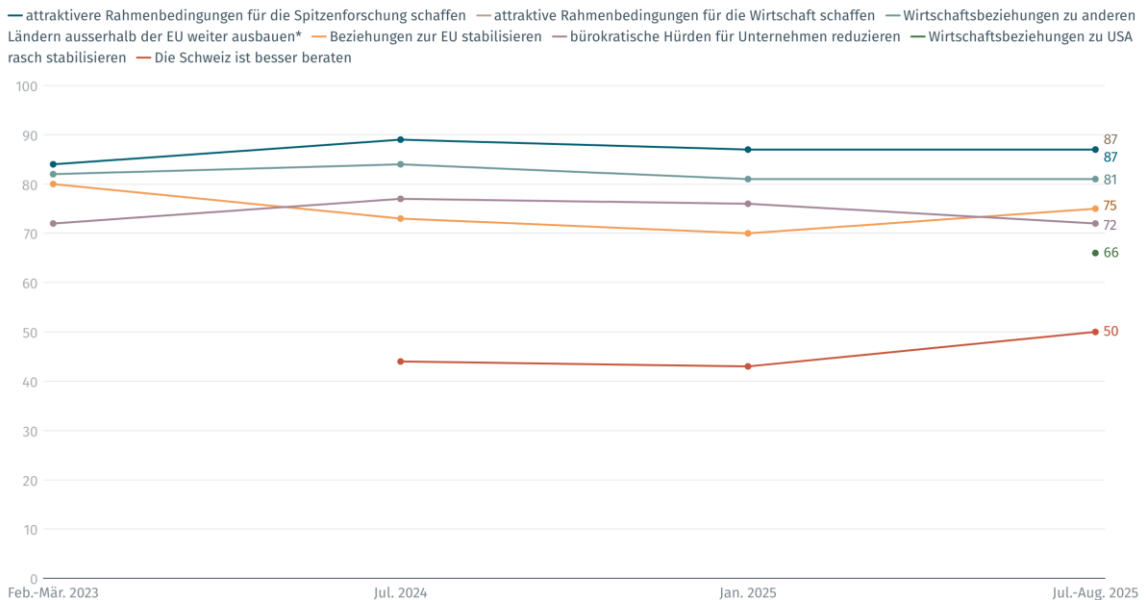
Die Befragten erachten nach wie vor insbesondere die Sicherstellung attraktiver Rahmenbedingungen für die Spitzenforschung als wichtigste Massnahme (87% sehr/eher sinnvoll, ± 0 Pp.), genauso wie die Aufrechterhaltung attraktiver Rahmenbedingungen für die Wirtschaft (87%). Sowohl der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu Ländern ausserhalb der EU (81%, ± 0 Pp.) als auch der Abbau bürokratischer Hürden für Unternehmen (72%, -4 Pp.) werden weiterhin von klaren Mehrheiten als wichtig erachtet. Passend zur aktuellen wirtschaftspolitischen Ausgangslage (Stand vor dem 2.8.2025) erachtet ebenfalls eine klare Mehrheit von 66 Prozent eine rasche Stabilisierung der Wirtschaftsbeziehungen gegenüber den USA als sinnvolle Strategie zur Vorbereitung auf wirtschaftlich schwierigere Zeiten.

Zwei Möglichkeiten, die im Vergleich zum Januar 2025 in der aktuellen Erhebung deutlicher als sinnvoll erachtet werden, sind zum einen die Stabilisierung der Beziehungen zur EU (75%, $+5$ Pp.) und zum anderen die Ansicht, dass die Schweiz besser beraten wäre, wenn sie grosse Herausforderungen im Alleingang angehen würde, anstatt sich auf andere zu verlassen (50%, $+7$ Pp.). Diese Entwicklung mag im ersten Moment irritieren, da es sich um inhaltlich konträre Ansichten handelt. Ein analysierender Blick in die Datengrundlage zeigt, dass insbesondere die Anhängerschaft der SVP für diese unterschiedliche Verteilung verantwortlich ist: Während Anhängerschaften von Grünen bis FDP mit Werten um 90 Prozent sich stark für die Sinnhaftigkeit einer raschen Stabilisierung der Beziehungen mit der EU aussprechen, so ist es bei den SVP-Sympathisierenden nur eine Minderheit von 45 Prozent. Genau umgekehrt zeichnet sich das Bild beim Alleingang. Über alle Parteien hinweg ist es eine deutliche Minderheit, die jeweils einen Alleingang als eine sinnvolle Strategie zur Vorbereitung auf wirtschaftlich schwierige Zeiten erachtet. Die Anhängerschaft der SVP hingegen sieht hier mit gewachsenen 86 Prozent klares Potenzial.

Grafik 16

Trend Vorbereitung auf schlechtere Wirtschaftslage Schweiz

Zuerst geht es um die Aussenbeziehungen der Schweiz. Die Schweiz ist eines der wirtschaftlich erfolgreichsten Länder. Die vielen weltweiten Krisen und die vielerorts schlechte wirtschaftliche Entwicklung, stellen aber auch unser Land vor grosse Herausforderungen. Aktuell werden verschiedene Möglichkeiten diskutiert, wie die Schweiz ihre gute Stellung sichern kann. Sie sehen nun verschiedene Möglichkeiten. Bitte geben Sie an, ob die jeweilige Möglichkeit aus Ihrer Sicht für den Wirtschaftsstandort sehr sinnvoll ist, eher sinnvoll, eher nicht sinnvoll oder überhaupt nicht sinnvoll ist.



© gfs.bern, Paket "Schweiz-EU", Juli-August 2025 (N = jeweils ca. 2000 bis Jan. 2025; Jul.-Aug. 2025: N = 1030), *2025 leicht andere Formulierung

Die Zollpolitik von US-Präsident Donald Trump ist omnipräsent und verunsichert ganz offensichtlich nicht nur Staatsträger:innen und Unternehmen, sondern auch die breite Bevölkerung. So liegt die wahrgenommene Bedeutung der Handelspartner für die Schweiz (in der Einschätzung vor dem 2.8.2025) ganz klar bei der EU (66%) und nicht bei den USA (6%). 22 Prozent der Befragten betonen, dass beide Beziehungen gleich wichtig sind. Nur 4 Prozent sind der Meinung, dass beide partnerschaftliche Verhältnisse nicht wichtig sind.

Ein Blick in die Untergruppen zeigt, dass es bei dieser Frage eine klare Tendenz entlang der Parteipräferenzen gibt. Nahezu alle Sympathisierenden der Grünen (95%) sehen die EU als wichtigeren Partner, während die Anhängerschaften der SP (78%) und GLP (89%) ebenfalls fast geschlossen die EU priorisieren. Kaum jemand in diesen Gruppen betont die USA als wichtigeren Handelspartner, und ein nennenswerter Anteil hält beide Beziehungen für gleich wichtig (SP 13%, GLP 11%).

Etwas differenzierter fällt das Bild bei den bürgerlichen Parteien aus. Die Anhänger:innen der Mitte empfinden zwar ebenfalls mit 78 Prozent die EU als wichtigeren Handelspartner, doch bereits 20 Prozent gewichten beide Partner gleich. Im Lager der FDP stufen nur noch 64 Prozent die EU als wichtigeren Handlungspartner ein, während 30 Prozent die Bedeutung beider Partner als gleich wichtig erachten und 5 Prozent die USA priorisieren. Besonders stark relativiert sich die EU-Dominanz bei den SVP-Sympathisierenden: Nur eine Minderheit von 41 Prozent stufen die EU als wichtigeren Handelspartner ein, 36 Prozent sehen beide gleichauf, und 14 Prozent erachten die Handelsbeziehungen mit den USA als bedeutsamer.

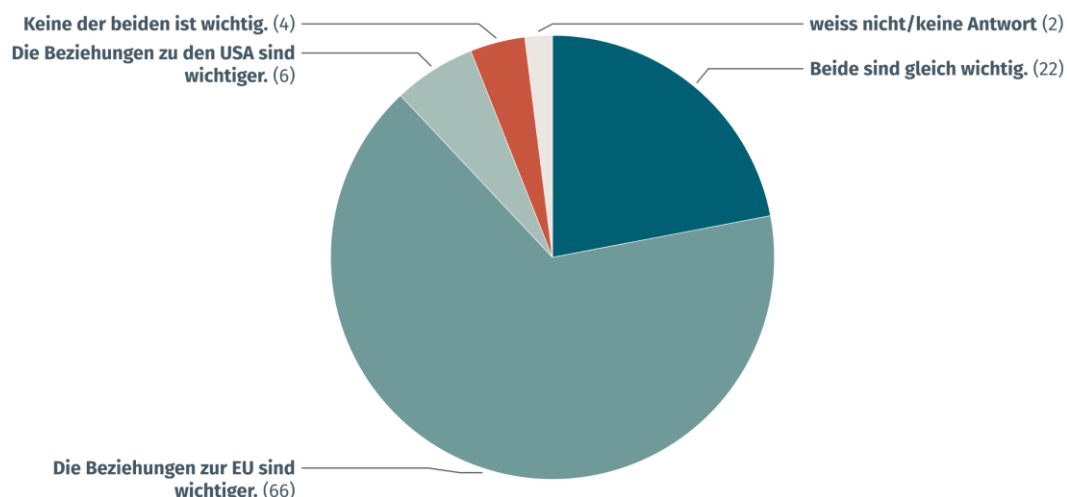
Wirft man einen Blick auf die Parteungebundenen, so ergibt sich ein gemischtes Bild: 60 Prozent geben der EU den Vorrang, knapp ein Drittel (29%) bewertet beide Beziehungen gleich, und 6 Prozent stufen die USA als wichtiger ein.

Grafik 17

Bedeutung der Handelspartner EU und USA für die Schweiz

Die grössten Handelspartner der Schweiz sind die EU und die USA. Mit beiden bestehen aktuell keine langfristig stabilen Beziehungen. Welches der beiden partnerschaftlichen Verhältnisse erachten Sie für die Schweiz als wichtiger?

in % Stimmberechtigte



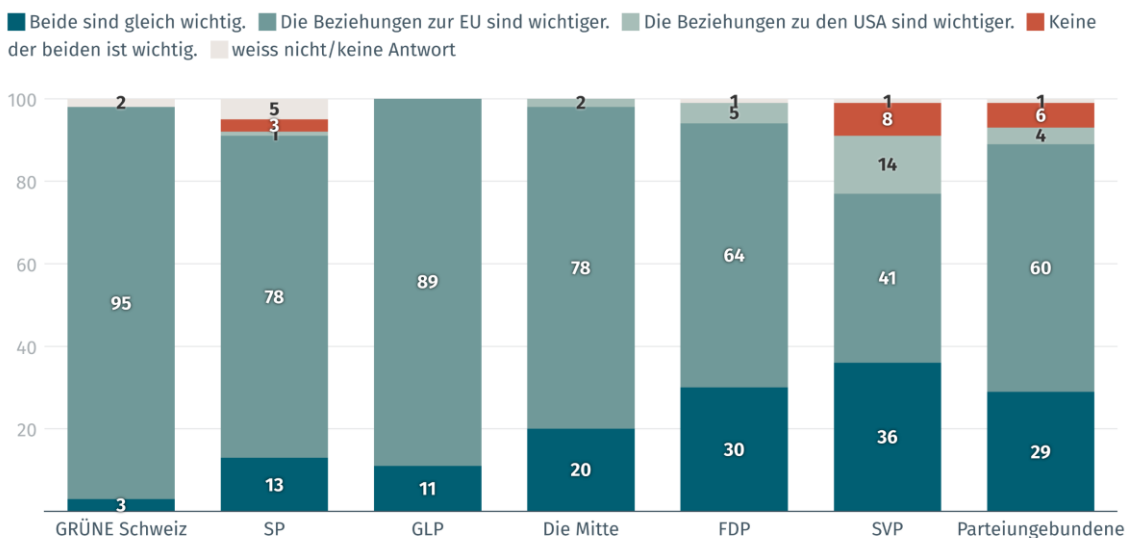
© gfs.bern, Paket "Schweiz-EU", Juli-August 2025 (N=1030)

Grafik 18

Bedeutung der Handelspartner EU und USA für die Schweiz nach Partei

Die grössten Handelspartner der Schweiz sind die EU und die USA. Mit beiden bestehen aktuell keine langfristig stabilen Beziehungen. Welches der beiden partnerschaftlichen Verhältnisse erachten Sie für die Schweiz als wichtiger?

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Paket "Schweiz-EU", Juli-August 2025 (N=1030), sig., Cramér's V = 0.22

4 Synthese

STABILISIERUNG DER VORTEILSSICHT NACH KURZFRISTIGEM RÜCKGANG

Nach dem Rekordwert von 2024 schwächte sich die Vorteilssicht im Winter 2025 unmittelbar nach Abschluss des neuen Vertrags vorübergehend ab. Im Rahmen der aktuellen internationalen Wirrungen (Stand vor August 2025) hat sich dies korrigiert. Bereits im Juli liegen die Einschätzungen wieder auf dem Niveau des Vorjahres. Allerdings: Während linke und bürgerliche Wählerschaften ihre Zustimmung mindestens stabil halten oder ausbauen, zeigt sich im SVP-Lager erstmals seit 2020 eine knappe Mehrheit in der Nachteilsicht.

WIRTSCHAFTLICHE TREIBER FÜR POSITIVE WAHRNEHMUNG DER BILATERALEN ZENTRAL

Die positive Wahrnehmung der Bilateralen gründet vor allem auf ökonomischen Motiven. Zugang zum Exportmarkt, Abbau von Handelshemmnissen und Wohlstand bilden das Fundament der Zustimmung. Gerade die perzipierte Wichtigkeit des Zugangs zu Exportmärkten wächst angesichts der aktuellen internationalen Wirrungen. Migrationskontrolle durch die Bilateralen dagegen überzeugt als Vorteil kaum.

BREITE ZUSTIMMUNG ZU ANPASSUNG BESTEHENDE VERTRÄGE

Die neuen Abkommen stossen mehrheitlich auf Zustimmung, wobei das Lebensmittelabkommen nur knapp befürwortet wird. Insgesamt liegt die Unterstützung für die Anpassung an den bestehenden Verträgen bei 61 Prozent, getragen von Erwartungen an Kooperation und Stabilität. Ablehnung zeigt sich dort, wo zu viel Kompromiss befürchtet wird und ist im Lager der SVP-Sympathisant:innen sehr deutlich ausgeprägt.

ZUSTIMMUNG BEI FORSCHUNG UND WIRTSCHAFT, SKEPSIS BEI SOZIALEN THEMEN

Die Anpassungen an den bestehenden Verträgen werden differenziert beurteilt. Klar befürwortet werden die Kompromisse der EU in den Bereichen Ausschaffung, Zuwanderungskontrolle und Forschung, ebenso die institutionellen Reformen, die mit knapper Mehrheit getragen sind. Skepsis überwiegt hingegen beim Kohäsionsbeitrag und bei der Unionsbürgerrichtlinie, die knapp mehrheitlich abgelehnt werden. Dabei hat insbesondere die SVP ihre grundsätzliche Skepsis sichtbar verstärkt.

EU BLEIBT BEVORZUGTER HANDELSPARTNER – US SPIELT HIER NEBENROLLE

Aussenwirtschaftlich bleibt die EU klar wichtigster Partnerin, während die USA kaum als Alternative gelten, was ebenfalls Ausdruck der Unsicherheiten in Bezug auf ihre Zollpolitik sein dürfte. Links-grüne und GLP-nahe Milieus priorisieren die EU fast geschlossen, während die SVP die USA deutlich stärker gewichtet.

5 Methodischer Kurzbericht

Die Interpharma beauftragte das Forschungsinstitut gfs.bern mit der Durchführung einer zusätzlichen Befragungswelle im Sommer 2025, ergänzend zur Projektreihe "Standort Schweiz – Europafragen". Hauptziel dieser Befragung ist es, das Meinungsbild der Schweizer Stimmberechtigten rund um die bilateralen Verträge mit der EU auszuleuchten und Änderungen im Vergleich zur Erhebung im Januar festzuhalten.

Das vorliegende "Wichtiges in Kürze" soll interessierten Leser:innen einen schnellen Zugang zu den zentralen Erkenntnissen ermöglichen. Es umfasst alle relevanten Erkenntnisse aus der Erhebung zur Beziehung zwischen der Schweiz und Europa.

Die Ergebnisse der vorliegenden Befragung basieren auf einer repräsentativen Befragung von 1030 Stimmberechtigten der Schweiz.

Für die Befragung wurde ein mixed mode Verfahren angewendet. Dabei wurden 503 Interviews mittels computerunterstützten Telefoninterviews (CATI) erhoben sowie weitere 527 Interviews im Rahmen des gfs-Onlinepanels durchgeführt. Die Befragung fand zwischen dem 21. Juli und dem 03. August 2025 statt.

Der statistische Fehler bei der Stichprobengrösse für die jeweiligen befragten Gruppen beträgt:

Tabelle 1: Stichprobenfehler

ausgewählte statistische Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung			
Stichprobengrösse		Fehlerquote Basisverteilung	
		50% zu 50%	20% zu 80%
N =	1'000	±3.2 Prozentpunkte	±2.5 Prozentpunkte
N =	600	±4.1 Prozentpunkte	±3.3 Prozentpunkte
N =	100	±10.0 Prozentpunkte	±8.1 Prozentpunkte
N =	50	±14.0 Prozentpunkte	±11.5 Prozentpunkte
Lesebeispiel: Bei rund 1'000 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ±3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ±2.5 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist.			

©gfs.bern

Zur Korrektur der soziodemografischen Verzerrung wurde entlang der Sprachregionen, nach Siedlungsart, nach Bildung und nach Alter/Geschlecht nach Sprache gewichtet. Eine inhaltliche Gewichtung erfolgte entlang der Parteiaffinitäten und einer Recall-Frage zu einer vergangenen Abstimmung.

Das hier verwendete RDD/Dual-Frame-Erhebungsverfahren verlangte zudem eine Basisgewichtung mittels Wahrscheinlichkeiten der technischen Erreichbarkeiten aufgrund der Anzahl Telefonanschlüsse.

6 Anhang

6.1 gfs.bern-Team

URS BIERI

Co-Leiter und Mitglied des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschaftler (lic. rer. soc.), Executive MBA FH in strategischem Management, Dozent am VMI der Universität Fribourg und an der ZHAW Winterthur

✉ urs.bieri@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Themen- und Issue-Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Risikotechnologien, Abstimmungsanalysen, Kampagnenvorbereitung und -begleitung, integrierte Kommunikationsanalysen, qualitative Methoden

Publikationen in Buchform, in Sammelbänden, in Fachmagazinen, in der Tagespresse und im Internet, aktuelle Publikation: Bieri, U et al. Digitalisierung der Schweizer Demokratie, Technologische Revolution trifft auf traditionelles Meinungsbildungssystem. Vdf 2021.

SOPHIE SCHÄFER

Junior Projektleiterin

✉ sophie.schaefer@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Politische Kommunikation, Gesellschaft, Issue Monitoring, Social Media, Datenanalyse, quantitative und qualitative Methoden



JENNY ROBERTS

Junior Data Scientist

✉ jenny.roberts@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Datenanalyse, Programmierungen, Visualisierungen,
Recherchen, quantitative und qualitative Methoden

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
CH – 3011 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

 **SWISS INSIGHTS**
Corporate Member

gfs.bern 